

Buochs, 30. Januar 2026

Medienmitteilung

Starke Stimmen, klare Botschaften: Kandidaten und Nationalrätin Monika Rüegger prägen politischen Abend

Volles Haus und klare Botschaften in Buochs: Die SVP Buochs präsentierte am Buochser Wahlanlass im Restaurant Sternen ihre fünf Kandidaten, fasste Parolen zur eidgenössischen Abstimmung und bot spannende Einblicke in die EU-Verträge. Nationalrätin Monika Rüegger aus Obwalden referierte eindrücklich, während die Kandidaten mutig ihre Positionen zu den Eidgenössischen Vorlagen vertraten. Ein Abend voller Information, politischem Engagement und Weichen für die Zukunft.

Klare Worte zur Kollektiven Verantwortungslosigkeit

Roland Blättler, Kantonalpräsident SVP Nidwalden thematisierte in seiner Eröffnungs-Ansprache die Entfremdung zwischen Bevölkerung und Staat durch Bürokratisierung und unklaren Zuständigkeiten. Er betonte die Bedeutung volksnaher Politik in Bereichen wie Asyl- und Migrationspolitik, Wohnraumentwicklung, Verkehr und Infrastruktur, die sich an realen Bedürfnissen orientieren soll. Zudem hob er die Förderung der Eigenverantwortung und die Unterstützung der Gemeinden hervor.

Monika Rüegger warnt vor EU-Vertrag: „Direkte Demokratie wird untergraben“

Nationalrätin Monika Rüegger (Obwalden) sprach im heimatlichen Engelberger Dialekt über die Konsequenzen des umfangreichen EU-Vertragswerks für die Schweiz. Sie betonte, dass die über 2000 Seiten des Vertragswerks für Schweizer Bürgerinnen und Bürger kaum nachvollziehbar seien und verglich die Situation mit Firmen, die selbst bei grossen Verträgen nie einen solchen Umfang hätten. Nach akribischer Prüfung der 2'228 Seiten sei durch die SVP eine fundierte Stellungnahme erstellt worden, deren Fazit alarmierend sei.

Rüegger kritisierte, dass das EU-Recht dem Schweizer Recht vorgezogen werde und direkt implementiert werde, ohne Filter durch das Parlament. Dadurch verliere die Bevölkerung die Möglichkeit, Initiativen und Referenden in vollem Umfang zu nutzen, und auch die Schweizer Justiz werde eingeschränkt. Ein Schiedsgericht der EU könnte künftig über die Schweiz entscheiden.

Zuwanderung und Sozialleistungen

Die Nationalrätin wies auf die Folgen der Personenfreizügigkeit hin: Die Schweiz habe im internationalen Vergleich eine besonders hohe Zuwanderung. Nach fünf Jahren Aufenthalt könnten Zugewogene Anspruch auf einen Pass, Sozialleistungen und Familiennachzug haben - in ungeahntem Ausmass.

Energie und Stromabkommen

Rüegger kritisierte das Stromabkommen, insbesondere die Einschränkung staatlicher Beihilfen und die Verpflichtung, erneuerbare Energie nach EU-Regeln zu fördern. Die Schweiz müsse ihre Reserven künftig auch für die EU bereitstellen, ohne eigene Vorteile daraus zu ziehen.

Gesundheits- und Landwirtschaftsrecht

Die Referentin hob hervor, dass EU-Regeln in Bereichen wie Käseproduktion oder Alpwirtschaft

künftig Schweizer Vorschriften ersetzen könnten. EU-Kontrolleure könnten jederzeit und überall Einsicht verlangen, bezahlen keine Steuern und erhalten sogar Immunität. Und die Schweiz darf die Schweiz die Kosten tragen.

Wirtschaftliche Konsequenzen

Rüegger warnte vor negativen Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft. Das Land habe derzeit niedrige Steuern, hohe Löhne und eine starke Handelsbilanz. Mit der Übernahme von EU-Recht drohten höhere Kosten, geringere Wettbewerbsfähigkeit und die Abhängigkeit von EU-Vorgaben. Auch im Hochschulbereich könnten bis zu 80 % der Studierenden aus der EU kommen, während die Schweiz die Kosten trage.

Direkte Demokratie und Ständemehr

Abschliessend betonte Rüegger, dass das Ständemehr in der Volksabstimmung entscheidend sei. Sie kritisierte, dass der Vertrag „Erpressung“-Charakter habe und unverhandelbar sei. EU-Recht überstülpe Schweizer Verfassungsrecht, wodurch die demokratische Mitbestimmung eingeschränkt werde.

Ihr Fazit: Der Vertrag ist in dieser Form inakzeptabel und darf weder von der Bevölkerung noch von den Kantonen angenommen werden.

Parolenfassung und Vorstellung der Landratskandidaten

Richtungsentscheide vom 8. März 2026: Die Parolen im Überblick

Die Landratskandidierenden erläuterten die eidgenössischen Vorlagen engagiert und aus unterschiedlichen Perspektiven mit Mut, teils Humor und auch klaren Worten.

Mit einem beeindruckenden Auftritt überzeugte der jüngste Buochser **Landratskandidat, Leon Rossi** aus Buochs (19). Er ist in Ausbildung als Metallbauschlosser und sehr aktives und motiviertes Mitglied der Jungen SVP Nidwalden. Am Anlass wurde die engagierte Mitwirkung der Jungen SVP an politischen Aktivitäten und Wahlen hervorgehoben und mit kräftigem Applaus gewürdigt.

Anschliessend folgte die Vorstellung der vier weiteren Landratskandidierenden. Jeder präsentierte eine der vier eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 8. März mit Argumenten dafür oder dagegen, fundierten Erklärungen und der entsprechenden Parolenfassung der SVP-Mitglieder in der Abstimmung.

Bruno Zimmermann stellt die Initiative „Bargeld ist Freiheit“ vor

Die Bargeld-Initiative würde unseren Schweizer Franken in die Verfassung schreiben und damit einen zentralen Pfeiler unserer Freiheit schützen. Bargeld steht für Eigenverantwortung und für eine Schweiz, die ihren Bürgerinnen und Bürgern vertraut. Bruno Zimmermann überzeugte die Delegierten: „Bargeld funktioniert immer, ohne Strom, ohne Internet, ohne Handy!“

Zur Initiative «Bargeld ist Freiheit» wurde einstimmig die Ja-Parole beschlossen, während der Gegenvorschlag nur wenige Stimmen erhielt. Falls sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, würde die Initiative einstimmig befürwortet.

Sepp Gabriel stellt die Initiative „200 Franken sind genug!“ vor.

Die SRG-200.- Initiative zwingt die SRG, sich wieder auf ihren Kernauftrag zu konzentrieren und effi-

zienter zu arbeiten. Die heutige Abgabe ist weltweit die höchste und belastet Haushalte wie Unternehmen unnötig – unabhängig davon, ob wir SRG-Programme nutzen oder nicht. Zu der Frage, ob die SRG mit 200.- das Lauberhornrennen aufgeben würde sagte Sepp Gabriel „sicher nicht – die würden doch niemals die beste Kuh im Stall metzgen“

Beat Risi stellt die Klimafonds-Initiative vor

Der Klimafonds ist ein teures Bürokratienprojekt ohne klare Wirkung. Er verteilt Milliarden nach politischen Prioritäten und soll über höhere Mehrwert- und Bundessteuern sowie über das Aufweichen der Schuldenbremse finanziert werden. Beat Risi dazu: „Das ist ein Fass ohne Boden und gefährdet die finanzielle Stabilität unseres Landes“. Die Klimafonds-Initiative wurde von der Versammlung einstimmig bachab geschickt.

Rudolf Peschel stellt die Individualbesteuerung vor

Die Individualbesteuerung führt in die falsche Richtung und schafft ein neues Bürokratiemonster. Sie verlangt jährliche güterrechtliche Auseinandersetzungen, produziert über 1,5 Millionen zusätzliche Steuerrechnungen, benötigt dafür rund 1'700 neue Steuervögte. Sie benachteiligt Familien, schwächt ein bewährtes Modell und belastet den Mittelstand. Eindrücklich warnte Rudolf Peschel vor der Individualbesteuerung: „Es ist eigentlich so, dass Sie jedes Jahr eine Scheidung vor der Hochzeit machen müssen.“ Das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung von der Versammlung mit einem klaren Nein, bei einer Enthaltung – klar abgelehnt.

Wahlsonntag und weitere Anlässe im Fokus

In den nächsten Wochen finden in verschiedenen Gemeinden weitere Wahlen statt, die für die Bevölkerung frei zugänglich sind. Ein besonderer Höhepunkt ist die Apfelverteilung vom Samstag, 7. Februar 2026, bei der die SVP Nidwalden der Bevölkerung in allen Gemeinden persönlich begegnet. Dies liegt der SVP Nidwalden sehr am Herzen. Deshalb wird hier auch ein grosser und persönlicher Aufwand betrieben der SVP-Mitglieder und Landratskandidatinnen und Kandidaten.

Autorin: Luzia Lüthi-Odermatt

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Roland Blättler
Landrat SVP Stansstad
Kantonal-Präsident SVP Nidwalden

Mobile: +41 789 141 539
Mail: roland.blaettler@svp-nw.ch
Web: www.svp-nw.ch

Bildlegende (© Luzia Lüthi-Odermatt, SVP Nidwalden):



1: v.l.n.r Bruno Zimmermann, Landratskandidat (neu), Monika Ruegger Nationalrätin Obwalden, Armin Odermatt, Landrat (bisher) und neu Regierungsrat Nidwalden, Sepp Gabriel, Landrat bisher und Landratskandidat, Beat Risi, Landrat bisher und Landratskandidat, Leon Roosi, Landratskandidat (neu), Rudolf Peschel, Landratskandidat (neu)



2 Rudolf Peschel stellt als Landratskandidat (neu) die Abstimmungsinitiative über das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung vor



1 Kreativität in den Landratswahlen: Die Wahlkampf-Jacke der SVP Nidwalden ist für die Landratskandidaten ein willkommene Werbemöglichkeit und ein ständiger Begleiter; die Liste 4 ist dabei markant auf dem Rücken geprägt.



2 Präsident, Beat Risi der Ortspartei SVP Buochs verabschiedet sich von den vielen Gästen im Restaurant Sternen.